

**Statement
Eröffnungs-Pressekonferenz
ITB Berlin 2013**

Dr. Michael Frenzel

**Präsident des Bundesverbands
der Deutschen Tourismuswirtschaft (BTW)**

**Dienstag, 5. März 2013
Palais am Funkturm, Berlin**

Es gilt das gesprochene Wort.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich freue mich sehr, Sie zum ersten Mal in meiner neuen Funktion als Präsident des Bundesverbands der Deutschen Tourismuswirtschaft im Rahmen dieser Eröffnungs-Pressekonferenz der ITB Berlin begrüßen zu dürfen.

Lassen Sie mich zunächst auf die Zahlen des vergangenen Jahres eingehen.

Entwicklung 2012:

Die Tourismusbranche in Deutschland genauso wie weltweit konnte sich auch 2012 wieder über mehrere neue Rekorde freuen.

- So verkündete die Welttourismusorganisation UNWTO vor wenigen Wochen die beeindruckende Zahl von erstmals einer Milliarde Touristen weltweit.
- Nicht zuletzt Deutschland profitiert von der unglaublichen Reiselust. Die Zahl der Übernachtungen in unserem Land stieg allein im letzten Jahr um vier Prozent und übertraf erstmals die magische Grenze von 400 Millionen. Insbesondere das Plus bei den ausländischen Gästen war einmal mehr beeindruckend: Sie übernachteten acht Prozent häufiger. Bei den inländischen Gästen lag das Plus bei drei Prozent.
- Das Gastgewerbe verzeichnete ein Umsatzplus von insgesamt 2,1 Prozent gegenüber 2011 und damit das dritte Wachstumsjahr in Folge. Die Hoteliers setzten 3,1 Prozent mehr um, die Gastronomen 1,7 Prozent.
- Die deutschen Flughäfen erzielten 2012 erstmals mehr als 200 Millionen Passagiere. Die Zahl der Fluggäste stieg laut Flughafenverband ADV gegenüber 2011 um 1,1 Prozent. Dies war allerdings das schwächste Wachstum seit vier Jahren. Die Luftverkehrsbetriebe spüren die Folgen der Eurokrise, hohe Kerosinpreise sowie nationale Belastungen wie die Luftverkehrsteuer deutlich. Hierzu aber später noch mehr.
- Laut Statistischem Bundesamt sind die Menschen in Deutschland 2012 rund elf Milliarden Mal mit Bus und Bahn gefahren. Im Nahverkehr wurden 2,6 Prozent mehr Fahrgäste verzeichnet. Im Eisenbahn-Fernverkehr waren 4,5 Prozent mehr Fahrgäste unterwegs. Fernbusse wurden 5,1 Prozent häufiger genutzt.
- Die Reisebusunternehmen verzeichneten wie in den Jahren zuvor rund 100 Millionen Busreisen mit einem Umsatz von etwa 1,4 Milliarden Euro. Eine steigende Nachfrage wird insbesondere bei kombinierten Bus-/Flugreisen verzeichnet.
- Bei den Geschäftsreisen war zu spüren, dass 2012 für die deutsche Wirtschaft insgesamt ein unsicheres Jahr war. Sparmaßnahmen waren nach Aussage des Geschäftsreiseverbands VDR am deutlichsten im Bereich Übernachtungen und am wenigsten bei der Verpflegung erkennbar.
- Die Veranstaltungs-Centren sprechen für das Jahr 2012 von einem „konstanten Ergebnis“.

Sie sehen also: Insgesamt hat die Tourismuswirtschaft auch 2012 für gute Zahlen gesorgt.

Wie sehen die Prognosen für 2013 aus?

Bei der Prognose für 2013 sind wir ein wenig zurückhaltend. Die Reiselust in der Bevölkerung ist nach wie vor vorhanden. Das zeigen aktuelle Umfragen ganz deutlich. Aber wie die gesamte Wirtschaft sieht sich auch die Tourismusbranche mit unsicheren wirtschaftlichen Rahmenbedingungen konfrontiert. Sollte sich die konjunkturelle Schwäche zunehmend auf den Arbeitsmarkt und die Binnennachfrage auswirken, würde dies auch die

Tourismuswirtschaft beeinflussen. Wir gehen derzeit davon aus, dass sich die positive Entwicklung der vergangenen beiden Jahre etwas verlangsamt, hoffen aber dennoch insgesamt auf ein Branchenwachstum zwischen einem und zwei Prozent.

Dass wir damit unter globalen Prognosen wie beispielsweise der UNWTO bleiben, die zumindest bei den Touristenankünften von einem drei- bis vierprozentigen Plus ausgeht, hat unter anderem einen wichtigen Grund: Nationale und europäische Politik und dabei insbesondere branchenspezifische Sonderabgaben dämpfen das touristische Wachstum in Deutschland und verhindern, dass die Branche ihr volles Potenzial ausschöpfen kann. So hätten zum Beispiel Deutschlands Flughäfen in den vergangenen beiden Jahren ohne Luftverkehrsteuer mehrere Millionen Passagiere zusätzlich verzeichnet. Das belegen sowohl Gutachten der Branche als auch der Bundesregierung.

Was fordert die Branche von der Politik

Die überwiegend positive Entwicklung der vergangenen Jahre ist natürlich erfreulich. Hinter den guten Zahlen steht das Engagement von rund 2,9 Millionen Menschen, die im Tourismus eine Beschäftigung finden und das Herz dieser serviceorientierten Branche sind. Auf dieses Engagement können wir auch in Zukunft zählen. Grundlage dafür ist allerdings, dass die Politik für solide Rahmenbedingungen sorgt, die unter anderem dabei helfen, diese Arbeitsplätze zu sichern.

Wie positiv sich politische Entscheidungen auf den Arbeitsmarkt wie auch auf die Attraktivität eines Reiseziels auswirken können, hat die Absenkung der Mehrwertsteuer auf Übernachtungen bewiesen. Die Hoteliers konnten dank der neuen finanziellen Spielräume umfangreich in ihre Betriebe und ihre Mitarbeiter investieren. Auch die nachhaltige Finanzierung der Deutschen Zentrale für Tourismus - und damit der Werbung für das Reiseziel Deutschland im Ausland - durch das Bundeswirtschaftsministerium stärkt den Tourismusstandort Deutschland. Das Votum des Bundesrats für eine Abschaffung der Luftverkehrsteuer sowie das Veto des Bundesverkehrsministeriums gegen das von der rot-grünen Landesregierung geplante Nachtflugverbot am Flughafen Köln Bonn möchte ich ebenfalls als positive Signale für die Tourismusbranche hervorheben.

Doch diese positiven Entscheidungen im Sinne der Tourismuswirtschaft und ihrer Kunden sind zu häufig die Ausnahme statt die Regel. Zudem fußen sie in der Regel auf Belastungen, die von anderer Seite bereits umgesetzt bzw. geplant wurden. Oft fehlt leider nach wie vor das Verständnis dafür, dass das Wachstum unserer Branche keine Selbstverständlichkeit ist und dass der Tourismus Zusatzbelastungen nicht einfach ohne Weiteres verkraftet.

Bettensteuern, Luftverkehrsteuer oder auch der europäische Luftverkehrs-Emissionshandel entziehen unserer Branche Substanz, verzerren den Wettbewerb, machen das Reisen für die Menschen unnötig teurer und sind in einigen Fällen nicht einmal verfassungskonform. Gute Argumente der Branche gegen eine Vielzahl politischer Entscheidungen bestätigen sich durchaus - doch werden daraus zu selten ernsthafte politische Konsequenzen gezogen. Lassen Sie mich drei Beispiele nennen:

- Obwohl Gerichte zahlreiche Bedenken gegen die Bettensteuern teilen und die Steuer zumindest für geschäftlich veranlasste Übernachtungen als unzulässig eingestuft haben, halten zahlreiche Kommunen an dieser Einnahmequelle fest. Sie versuchen nun „Bettensteuern light“ durchzusetzen, die nur noch zu Lasten der Privatreisenden gehen sollen. Das aber führt zu immenser zusätzlicher Bürokratie, weil der Reiseanlass von den Hoteliers abgefragt und von den Geschäftsreisenden nachgewiesen werden muss. Diese Abfrage steht zudem datenschutzrechtlich auf wackligen Füßen.

- Ein zweites Beispiel ist die Luftverkehrssteuer: Obwohl selbst die Bundesregierung bestätigte, dass die Steuer zu Passagierverlusten in Millionenhöhe geführt hat und obwohl sich die Bundesländer mehrheitlich für eine Abschaffung ausgesprochen haben, hält die Regierung an der Steuer fest.
- Die EU konnte die sogenannten Drittstaaten wie die USA, Indien oder China bisher nicht von einer Teilnahme am Emissionshandel im Luftverkehr überzeugen. Stattdessen präsentierte sie auf Druck der Drittstaaten einen in seinen Konsequenzen nicht zu Ende gedachten Kompromiss: Dieser setzt zwar den Emissionshandel bei interkontinentalen Flügen aus, bei innereuropäischen aber nicht. So geht auch dieser Kompromiss wieder einseitig zu Lasten der europäischen Unternehmen, da diese deutlich mehr innereuropäische Flüge anbieten als ihre internationalen Mitbewerber.

Sowohl die Branche als auch die Politik muss über den nationalen bzw. europäischen Tellerrand hinausschauen. Das gilt im Hinblick auf einen fairen Wettbewerb in einer immer globaler werdenden Branche. Das gilt aber auch hinsichtlich der Kundenbedürfnisse und Veränderungen im Reise- und Buchungsverhalten. Wie bereits zu Beginn erwähnt, gab es im vergangenen Jahr weltweit erstmals mehr als eine Milliarde Touristen. Ich bin der festen Überzeugung, dass sich diese positive Entwicklung fortsetzen wird. Gerade Wachstumsmärkte wie die BRIC-Staaten werden zunehmend wichtige Quellmärkte werden. Hier ist zum einen unsere Branche gefordert. Es gilt, für die wachsende Zahl an Touristen neue Angebote zu entwickeln und bestehende auszubauen. Dabei wird es darum gehen, Kundenbedürfnisse zu erforschen und sich auf diese einzustellen. Zudem werden wir uns noch stärker als bisher mit den Chancen und Herausforderungen durch die immer schnellere digitale Entwicklung auseinandersetzen müssen. Doch nicht nur unsere Branche muss weiterdenken. Auch die Politik ist gefragt, wenn es darum geht, das globale Wachstum der Branche nachhaltig zu stützen: So muss unter anderem die Visavergabe dringend vereinfacht werden. Dabei soll die Sicherheit der einzelnen Länder nicht in Frage gestellt werden. Es geht lediglich darum zu vermeiden, dass reisewillige Menschen durch Kosten, Wartezeiten oder schwierige Antragsprozeduren von ihren Reisen abgehalten werden. Das käme nicht nur den Reisenden zu Gute: Visaver Einfachungen könnten auch zu fünf Millionen zusätzlichen Jobs allein in den G20-Staaten führen, wie eine aktuelle Studie zeigt.

Mein Appell gilt also den Politikern auf allen Ebenen: Beenden Sie wettbewerbsverzerrende Belastungen und bauen Sie unnötige Bürokratie ab. So können Sie diese Branche dabei unterstützen, auch weiterhin ihren Teil zum Wirtschaftswachstum und einem stabilen Arbeitsmarkt beizutragen.

Ich wünsche Ihnen nun allen interessante, informative und inspirierende Tage hier auf der ITB Berlin.

Vielen Dank!